



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln am 22.01.2019.

Sitzungsort: in der von Aschebergschen Kurie, Stiftsstraße 4, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:54 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzende/r

Wolf Haase SPD

Ratsmitglieder

Hermann Büßing CDU

Richard Dammann Bündnis 90/Die Grünen

Wolfgang Danziger SPD

Stephan Hofacker ÖLiN

Thomas Hülsken CDU

Jürgen Jendroska SPD

Brigitte Kleinschmidt UBG

Paul Leufke CDU Vertretung für Herrn Rulle

Klaus Overesch CDU

Roswitha Roeing-Franke CDU

Marco Upmann CDU

Jan Van de Vyle UBG

Herbert van Stein UBG

Helmut Walter FDP

Andreas Winkler

SPD

Vertretung für Herrn Ludwig

Sachkundige/r Bürger/in

Markus Böker

CDU

Teilhabebeauftragter

Heinrich Rütering

Teilhabebeauftragter

Stellvertr. sachk. Bürger/in

Waldemar Bogus

UBG

Vertretung für Herrn Kruse

Von der Verwaltung

Christian Driever

Elisa Mütherig

Jonas Sonntag

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Wolf Haase, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Ausschusssitzung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2	Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt
----------	---

Zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift wird Ratsherr Helmut Walter bestimmt.

3	Mitteilungen
----------	---------------------

Frau Mahnke ist erkrankt und bittet ihr Fehlen zu entschuldigen.

Herr Sonntag teilt mit, dass die eingegangenen Anregungen zur Beseitigung der Pfütze vor der Trauerhalle in Appelhülsen derzeit bearbeitet werden.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erkundigt sich nach dem Stand des Antrages von S.V. Borussia Darup vom 22.11.2018 für den Bau eines Kunstrasenplatzes. Herr Sonntag merkt an, dass der Antrag derzeit nicht im Fachbereich 3 vorliegt, sodass inhaltlich noch kein Beratungsstand für den Antrag erreicht ist, die Nachfrage jedoch zur Kenntnis genommen wird.

4	Umweltangelegenheiten
----------	------------------------------

4.1	Studentische Arbeit zum Rhodepark Vorlage: 002/2019
------------	--

Vorlage 002/2019 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Die FDP begrüßt die Initiative der Studentin und bittet die Studentin sich zu Wort zu melden. Die

Studentin stellt sich kurz vor und erläutert, dass sie einen Entwurf für den Rhodepark unter nachhaltigen Gesichtspunkten erstellen wolle.

Herr Haase verweist auf den Beschlussvorschlag, dass die Verwaltung bereit sei, den Entwurf zu unterstützen, jedoch keine finanzielle Unterstützung in Aussicht stellt. Er fragt an, ob die Studentin dennoch zu einer Entwurfserstellung bereit sei. Die Studentin entgegnet, dass sie bereit sei, andere Fördermöglichkeiten zu akquirieren.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen fordert, dass eine Form der Bezahlung gefunden werden müsse. Die FDP verweist auf die Vorlage, dass der Haupt- und Finanzausschuss über eine Erstattung der Beratungs- und Finanzkosten berät.

Die CDU regt eine Kooperation und eine positive Zusammenarbeit mit der Bürgerstiftung an. Darauf entgegnet eine Bürgerin, dass die Bürgerstiftung sich politisch aus der Diskussion heraus halten möchte.

Die SPD begrüßt einen externen Entwurf und schlägt vor, die Kostenübernahme an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Herr Sonntag verweist darauf, dass grundsätzlich für die Erarbeitung eines Entwurfes kein Beschluss notwendig ist, jedoch ein Entwurf mit einer Gegenleistung in Form einer Bezahlung ein ungewolltes Verhältnis herstellt und gegebenenfalls eine falsche Signalwirkung habe. Die Studentin verdeutlicht, dass ihr wichtig sei, dass der Wille der Gemeinde zur Entwicklung des Rhodeparks da sei. Dies wird von Herrn Sonntag bestätigt.

Die UBG merkt an, dass seit 2015 mehrere Entwürfe erstellt wurden und die Erstattung von Kosten für die Studentin lediglich marginal zu dem sei, was bisher investiert wurde.

Eine Bürgerin wendet ein, dass der NABU eine Kooperation für die Entwicklung des Rhodeparks in Aussicht gestellt hat. Herr Haase bittet die Gremien sich im Vorfeld zu weiteren Kooperationen abzustimmen und diese erst nach Abstimmung in den Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen zu reichen.

Herr Haase ändert den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Erarbeitung eines studentischen Konzepts zur künftigen Entwicklung des Rhodeparks wird begrüßt. Eine Form der Bezahlung oder Kostenübernahme wird zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen**

5 Planungsangelegenheiten

5.1 78. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 151 "Einkaufsbereich Rhodeplatz und ZOB Nottuln" hier: Bericht über die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung Vorlage: 001/2019

Vorlage 001/2019 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Herr Sonntag weist zunächst auf eine Klarstellung hin: in der Anlage zur Stellungnahme zum Flächennutzungsplan heißt es auf Seite 15, dass 154 Unterschriften von der Bürgerstiftung nachgereicht wurden. Dies ist inhaltlich falsch. Es handelt sich um Unterschriften, die die Initiative einer Bürgerin unterstützen. Gleiches gilt für die Anlage zur Stellungnahme zum Bebauungsplan. Herr Sonntag bittet dies zu entschuldigen und bedankt sich für den eingegangenen Hinweis.

Herr Sonntag verweist bezüglich der Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung vom 15.10.2018 bis zum 14.11.2018 auf seinen mündlichen Bericht in der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen am 28.11.2018 und möchte die fünf dort genannten Punkte in Erinnerung rufen.

Die CDU wendet ein, dass sie einen florierenden Einzelhandel begrüßt, spricht sich jedoch dafür aus, dass der Rhodepark nicht verkleinert werden solle. Der Rhodepark müsse weiterentwickelt werden. Zudem müsse der geplante Kreisverkehr aufgrund des geringen Abstandes zu den Wohnhäusern überarbeitet werden. Im weiteren Verfahren solle angedacht werden, den Park and Ride Platz in Richtung Kreisverkehr auf der Ortsdurchfahrt in Richtung Darup zu versetzen.

Die FDP merkt an, dass sie den Erweiterungsdruck anerkenne, jedoch diese Erweiterung ohne Inanspruchnahme von Fläche des Rhodeparks erfolgen solle.

Die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen nimmt den Bericht zur Kenntnis und betont, dass bereits viel Arbeit in die Entwicklung dieses Vorhabens investiert wurde und der Investor ein Signal von der Politik bekommen müsse. Der vorgelegte Entwurf solle nicht weiter verfolgt werden, sondern es müsse eine Lösung gefunden werden, bei der der Rhodepark in seiner jetzigen Form erhalten bleibe. Der Beschlussvorschlag müsse dahingehend geändert werden.

Die UBG sieht einen Widerspruch in der Entwicklung, da sich der Einzelhandel flächenmäßig vergrößern darf, während im gesamten Gemeindegebiet Nachverdichtungspotenziale ausgeschöpft werden. Innerhalb der derzeit genutzten Fläche könne sich der Investor vergrößern, jedoch nicht zu Lasten der Fläche des Rhodeparks.

Die CDU merkt an, dass sie sich grundsätzlich nicht gegen eine Abtragung des Walls im Rhodepark stellen, da eine Öffnung des Rhodeparks zur Straße hin sinnvoll sei.

Der Ausschussvorsitzende betont, dass es sich bei dem Beschlussvorschlag lediglich auf Kennt-

nisnahme handelt.

Die SPD entgegnet, dass sie den Wallabbau zur Öffnung des Parks sowie den Erweiterungsdruck des Investors durchaus nachvollziehe, merkt jedoch an, dass eine Verlagerung des Park and Ride Platzes angedacht werden müsse.

Die UBG spricht sich grundsätzlich für eine Öffnung des Parks aus, jedoch dürfe diese nicht über einen Parkplatz erfolgen, da somit keine ansprechende Eingangssituation für den Park geschaffen werde. Die Fraktion bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Die Fraktion ÖLiN spricht sich gegen eine Erweiterung des Einzelhandels zu Lasten des Rhodeparks aus und unterstütze den Antrag der Fraktion Bündes 90 /Die Grünen.

Die SPD erkundigt sich, ob die gezahlten Fördermittel zum Bau des ZOB bei einer Verlagerung des Park and Ride Platzes zurückgezahlt werden müssen. Die UGB entgegnet, dass dieser Sachverhalt im Jahr 2014 überprüft wurde und die Verwaltung keine Rückzahlung leisten muss.

Der Ausschussvorsitzende bittet den Ausschuss bestimmte Aufträge und Eckpunkte Herrn Sonntag für die Verhandlungen mit den Investor an die Hand zu geben. Die CDU betont erneut, dass der Investor sich ausschließlich auf der vorhandenen Fläche erweitern solle. Dies wird von der Fraktion Bündis 90 /Die Grünen bestätigt. Der Ausschussvorsitzende betont erneut, dass für weitere Verhandlungen ein mehrheitlicher Gesamteindruck nötig sei. Die Beschlussvorlage von Seiten der Verwaltung lautet auf Kenntnisnahme, sodass der Ausschuss anderenfalls neue Anträge einreichen müsse.

Die CDU erkundigt sich nach Immissionsproblemen bei der Anlieferung. Herr Sonntag weist auf das Baugenehmigungsverfahren und die Betriebsgenehmigung hin, in deren Rahmen dies geklärt werde.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betont erneut, dass die Verwaltung beauftragt werden müsse, diesen Entwurf nicht weiter zu verfolgen, sondern für Vorschläge offen sein müsse, bei denen der Rhodepark nicht verändert wird. Herr Sonntag weist deutlich darauf hin, dass, sofern sich der Vorhabenträger ausschließlich innerhalb der vorhandenen Fläche ausbreiten dürfe, eine weitere Entwicklung lediglich in die Höhe möglich sei. Hierbei müsse bedacht werden, ob dies für den Ortseingang Nottuln gewünscht sei. Zudem habe der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen im Rahmen des Einzelhandelskonzepts beschlossen, gerade diesen Standort zu stärken. Bei derartig scharfen politischen Auflagen sei diese Grundsatzentscheidung ggf. in Gefahr.

Der Ausschussvorsitzende unterbricht die Sitzung zur Beratung der Fraktionen. Die Sitzung wird von 19:51 bis 20:00 unterbrochen. Nach der Unterbrechung geht der Ausschussvorsitzende zur Abstimmung über die nunmehr wie folgt formulierten Beschlussvorschläge über.

Beschluss:

1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der vorgelegte Bebauungsplanentwurf wird nicht weiter verfolgt. Bei Alternativvorschlägen, den die Gemeinde offen gegenübersteht, darf die Parkfläche des Rhodeparks nicht verkleinert werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt ggf. eine Verlagerung des Park and Ride Parkplatzes zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja: 14	Nein: 0	Enthaltung: 4
--------	---------	---------------

5.2 Ausstellung von Denkmalplaketten zur Anbringung an Denkmälern Vorlage: 003/2019

Vorlage 003/2019 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Herr Sonntag erläutert, dass die Denkmalplaketten vom Land NRW zur Verfügung gestellt werden, sodass jeder Eigentümer diese freiwillig anbringen kann. Es sei eine Möglichkeit die historische Bausubstanz des Ortes hervorzuheben. Da diese Anbringung in der Vergangenheit in Nottuln nicht erfolgt ist, möchte Herr Sonntag gerne den politischen Willen für die Anbringung einholen

Die FDP erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde. Darauf entgegnet Herr Sonntag, dass die Denkmalplaketten vom Land NRW finanziert werden.

Die UBG fragt wieso die Gemeinde beteiligt werde, wenn doch die Finanzierung durch das Land erfolge. Herr Sonntag erläutert, dass die Gemeinde die Funktion der Unteren Denkmalbehörde wahrnimmt und aufgrund dessen dafür zuständig sei.

Der Ausschussvorsitzende führt die Abstimmung durch.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, künftig allen berechtigten Denkmaleigentümern eine Denkmalplakette verbunden mit der Bitte auszustellen, diese im Sinne des dazu ergangenen Erlasses nach außen erkennbar am jeweiligen Denkmal anzubringen.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen**

<p>5.3 Erneuter Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 74 "Industriepark I/II" Gemarkung Nottuln, Flur 61, Flurstücke 77, 307, 308, 426 Vorlage: 004/2019</p>

Vorlage 004/2019 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 4 beigelegt.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wendet ein, dass die Gemeinde nach Kräften die Entwicklung des Gewerbes unterstützen solle. Die UBG schlägt vor, den Änderungsbereich bis zur Otto-Hahn-Straße zu erweitern. Herr Sonntag wendet ein, dass dies möglich sei, jedoch das Verfahren verzögern würde.

Die Fraktion ÖLIN gibt zu bedenken, dass der Änderungsbereich derzeit bepflanzt ist und die Neuplanung zulasten der Bepflanzung gehe. Der Änderungsbereich sei somit ungünstig zugeschnitten. Herr Sonntag wendet ein, dass dies an historischen Rahmenbedingungen liege.

Die CDU wendet ein, dass sie sich ebenfalls gegen das ersatzlose Wegfallen der Bäume ausspricht, möchte jedoch den Beschlussvorschlag annehmen, um eine zeitnahe Änderung des Bebauungsplans zu erwirken.

Der Ausschussvorsitzende leitet die Abstimmung ein.

Beschlussvorschlag:

Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 74 „Industriepark I/II“ mit dem Ziel, eine Verschiebung der Baugrenzen sowie die Verkleinerung eines Bereiches mit Pflanzgebot zu ermöglichen, wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB für den o.g. Bereich wieder aufgenommen bzw. erneut eingeleitet.

hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen**

Ja: 17	Nein: 0	Enthaltung: 1
--------	---------	---------------

5.4 Erneuter Antrag auf Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 139 "Appelhülsen südlich des Sportplatzes"
Gemarkung Appelhülsen, Flur 17, Flurstücke 76, 311, 312, 314, 566, 567
Vorlage: 005/2019

Vorlage 005/2019 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 5 beigelegt.

Herr Sonntag beginnt zunächst mit einer Klarstellung, dass der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 139 „Appelhülsen südlich des Sportplatzes“ am 23.05.2014 vom Rat der Gemeinde Nottuln gefasst wurde.

Die SPD merkt an, dass bei der Entwicklung des Baugebiets ein Teil der Wertschöpfung an die Gemeinde fließen sollte. Die CDU begrüßt diesen Vorschlag, merkt jedoch an, dass die Gemeinde Möglichkeiten prüfen sollte, selbst ein Baugebiet zu entwickeln. Weiterhin wünscht die CDU den Ausstellungsbeschluss dahingehend zu ändern, dass eine Erschließung des Baugebiets nicht über den Weg 354 erfolgen solle. Herr Sonntag erwidert, dass es sich um einen Aufstellungsbeschluss handle und in der Vorlage die Überarbeitung des Entwurfs als Arbeitsauftrag enthalten ist.

Die CDU erkundigt sich, ob die Nutzung des Sportplatzes durch die Entstehung eines neuen Wohngebiets eingeschränkt wird. Herr Sonntag weist darauf hin, dass die heranrückende Wohnbebauung an den Sportplatz im Aufstellungsverfahren geprüft wird. Er betont erneut, dass es sich zunächst um einen Aufstellungsbeschluss handelt, der die Verwaltung beauftragt, weitere Fragen im Verlauf des Aufstellungsverfahrens zu klären.

Die UBG wünscht die Zuwegung zum Baugebiet bereits im Aufstellungsbeschluss festzulegen. Herr Sonntag weist deutlich daraufhin, dass mehrere Zuwegungsmöglichkeiten geprüft werden sollten, bevor eine bestimmte Zuwegung ausgeschlossen wird. Das Aufstellungsverfahren sei dafür da, diese Fragestellungen zu klären.

Die FDP äußert ebenfalls Bedenken bezüglich der heranrückenden Wohnbebauung. Herr Sonntag merkt an, dass für diese Fragestellungen Gutachten im Aufstellungsverfahren eingeholt werden.

Die SPD weist darauf hin, dass der Entwurf auf diese Weise nicht beschlossen werden sollte, jedoch der Aufstellungsbeschluss nicht durch eine Festsetzung der Zuwegung eingeschränkt werden sollte.

Die UBG spricht sich gegen eine Erschließung über den Weg 354 aus. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bestätigt diese Auffassung und möchte den Beschlussvorschlag dahingehend ändern, dass die Zuwegung über den Weg 354 ausgeschlossen wird. Die CDU befürwortet diese Beschlussänderung.

Ein Anwohner möchte stellvertretend die Sorge der Anwohner übermitteln, dass eine Erschließung über den Weg 354 aufgrund der Beschaffenheit des Zedernwegs nicht möglich sei.

Beschluss:

1. Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 139 „Appelhülsen südlich des Sportplatzes“ mit dem Ziel, ein Wohngebiet zu entwickeln, wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13a BauGB für den o.g. Bereich wieder aufgenommen bzw. erneut eingeleitet.

Hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

2. Die Verwaltung wird beauftragt, Erschließungsvarianten für das o.g. Baugebiet zu prüfen. Die Erschließung des Baugebietes soll nicht, wie im Antrag auf Wiederaufnahme gewünscht, über den Weg 354 erfolgen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine mögliche Wertabschöpfung für das o.g. Baugebiet zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

mehrere Beschlüsse >> Niederschrift

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Beschlusspunkte eins und zwei abstimmen. Diese werden mit 17 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme angenommen.

Nach Aussprache lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlusspunkt drei abstimmen, der mit fünf Enthaltungen, und 13 Ja-Stimmen angenommen wird.

6	Verkehrsangelegenheiten
----------	--------------------------------

7	Ordnungsangelegenheiten
----------	--------------------------------

8	Verschiedenes
----------	----------------------

Die SPD bittet die Verwaltungsspitze, bei der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen über den aktuellen Kenntnisstand zu zwei Punkten zu berichten: Aktueller Stand zum Durchlass an der Bahnstrecke Münster-Düsseldorf in Appelhülsen in Bezug auf Hochwasserschutz und aktueller Stand der Möglichkeit einer Überführung der Bahnleise in Appelhülsen.

Die SPD erkundigt sich zum Verfahrensstand des anzubringenden Fahrradschutzstreifens in Darup. Herr Sonntag wird sich beim Fachbereich 4 erkundigen, und in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen eine Mitteilung dazu machen.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Baus der Sporthalle und fordert einen Vergabeterminplan und einen Bauzeitenplan. Herr Sonntag entgegnet die Gemeinde lasse sich im weiteren Verfahren beraten, sodass die Korrespondenz zwischen dem Projektsteuerer und der Verwaltungsspitze laufe. Die FDP betont, es solle keinen Baustillstand geben.

Die CDU weist erneut auf einen Antrag zur Anbringung von QR-Codes an gemeindeeigenen Gebäuden hin. Zudem wird auf eine Wasseransammlung auf der Daruper Straße hingewiesen. Herr Sonntag entgegnet, dass dieses Problem bereits bekannt wäre und die Straßenbauabteilung an einer Beseitigung arbeiten würde. Die CDU weist zudem auf eine Wasseransammlung auf dem Parkplatz der Astrid Lindgren Schule hin.

Die UBG erkundigt sich nach den weiteren geplanten Bauabschnitten Nottuln Nord b, c und d. Herr Sonntag erläutert, dass diese Entwicklung ein Bauleitplanverfahren erfordert. Dazu müsse zunächst der Flächennutzungsplan geändert werden, da auf diesen Flächen kein Wohnbauland ausgewiesen sei. Diese Ausweisung von Wohnbauland müsse begründet werden, da keine beliebige Erweiterung möglich sei. Die Verwaltung arbeite derzeit intensiv an dieser Fragestellung. Herr Sonntag weist deutlich darauf hin, dass der Flächennutzungsplan der Gemeinde Nottuln in seiner gültigen Fassung aus dem Jahr 1979 stamme und dieser dringend neu aufgestellt werden müsse. Dies sei der Hintergrund, warum es für den Bereich Nottuln Nord noch keine weiteren Entwürfe gebe.

Wolf Haase
Vorsitzender

Helmut Walter
Ausschussmitglied

Elisa Mütherig
Schriftführerin